

# Zwei Volksabstimmungen im Zeichen des Geldes

Autor(en): **Müller, Jürg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **45 (2018)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-909647>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



## Zwei Volksabstimmungen im Zeichen des Geldes

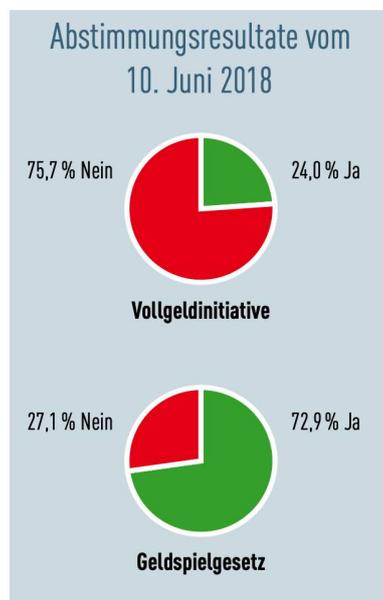
Einmal Vollgeld, einmal Geldspiele – einmal Nein, einmal Ja: Das Stimmvolk will nicht, dass allein die Nationalbank Geld schöpfen darf. Das neue Geldspielgesetz dagegen wurde angenommen.

JÜRIG MÜLLER

Die Debatten landauf, landab und in den Medien waren durchaus spannend und anregend, aber auch anspruchsvoll. Manch einer lernte besser zu verstehen, wie unser Geldsystem funktioniert. Doch die finanzwirtschaftlichen und geldpolitischen Überlegungen vermochten die Mehrheit dann doch nicht von einem Wechsel zum Vollgeldsystem zu überzeugen. Mit 75,7 Prozent Neinstimmen und von allen Ständen wurde die Vollgeld-Initiative am 10. Juni abgelehnt. Die Initianten wollten, dass die Nationalbank nicht nur Banknoten und Münzen – der kleinste Teil des Geldes – herausgeben kann, sondern sämtliche Geldmittel. Heute wird das elektronische Geld und das Buchgeld von den Geschäftsbanken per Kreditvergabe geschöpft. Dies wollten die Initianten ihnen künftig verwehren.

Sie versprachen sich vom Vollgeld ein sichereres Finanzsystem. Das Vollgeld wäre dem Kreditkreislauf entzogen worden. Die Banken hätten die Kundengelder nicht mehr in ihrer Bilanz gehabt, sondern bloss noch verwalten dürfen, es wäre also «richtiges Geld» gewesen und im Falle einer Bankenkrise nicht in die Konkursmasse gefallen. Kredite hätten nur noch mit speziell von Sparern, anderen Banken und der Nationalbank zur Verfügung gestelltem Geld vergeben werden können.

Die Gegner wiesen darauf hin, dass dies ein weltweit einzigartiges, für den Finanzplatz gefährliches Experiment mit unberechenbaren Auswirkungen wäre. Die Geldschöpfung der Banken sei bereits heute begrenzt durch verstärkte Regulierung, Eigenkapitalvorschriften und Mindest-



reserven, zudem seien Kundengelder bis 100 000 Franken geschützt. Bundesrat, Parlament, Industrie, Banken und alle grossen Parteien lehnten das Volksbegehren ab. Die Initianten, einige Ökonomen und Aktivisten, verfügten über keine prominenten Aushängeschilder und waren politisch kaum fassbar. Gewisse Sympathien für das Anliegen zeigten einige Vertreterinnen und Vertreter der Linken. Doch selbst SP-Nationalrätin und Wirtschaftspolitikerin Susanne Leutenegger Oberholzer begrüsst das Nein, die Vollgeld-Initiative sei die falsche Antwort gewesen auf ein richtiges Anliegen: Das Finanzsystem müsse noch sicherer gemacht werden.

### Sperre für ausländische Online-Casinos

Eine bemerkenswerte Dynamik hat die Debatte über das neue Geldspielgesetz entwickelt. Zentraler Punkt des Gesetzes ist die Legalisierung von Online-Casinospielen – Konzessionen

erhalten jedoch nur schweizerische Anbieter, ausländische werden gesperrt. Jungparteien von links bis rechts hatten das Referendum gegen die Vorlage ergriffen – und eine intensive Grundsatzdebatte über Netzsperrern im Internet lanciert. Unterstützt wurden die Jungparteien von der FDP, den Grünen, Grünliberalen und der BDP, die ebenfalls die Neinparole beschlossen hatten.

Die Gegner des Gesetzes argumentierten damit, dass dies einer Internet-Zensur gleichkomme. Sie warnten vor der Gefahr weiterer Netzsperrern in anderen Bereichen. Damit verbaue sich die Schweiz den Weg in die digitale Zukunft. Die Befürworter versicherten, dass es sich hier um einen Spezialfall handle, ohne Präjudiz für weitere Einschränkungen im Internet. Es gehe darum, dass AHV, Kultur- und Sportvereine weiterhin von Casino-Geldspielen profitieren könnten. Bei einer Öffnung des Netzes auch für nichtschweizerische Anbieter im Internet wäre das Geld zu einem Teil ins Ausland geflossen. Diese Argumentation war für die Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger offensichtlich entscheidend. Vielen ist auch in den falschen Hals geraten, dass das Referendum mit rund einer halben Million Franken von ausländischen Geldspielbetreibern unterstützt worden ist.